

# Inhaltsverzeichnis

<b>Gegenstand und Gang der Untersuchung</b>	31
A. Anlass der Fragestellungen	31
B. Fragestellungen	33
C. Gang der Untersuchung	35
I. Erster Teil: Gegenwärtige Medienlandschaft	35
II. Zweiter Teil: Die Rundfunkfreiheit	36
III. Dritter Teil: Entherrschung und Beherrschung	37
IV. Vierter Teil: Zusammenfassung und Ergebnisse	38

## *Erster Teil*

<b>Gegenwärtige Medienlandschaft</b>	39
A. Die Medien und deren Nutzer	39
I. Das Fernsehen	39
1. Entwicklungen auf dem Fernsehmarkt	39
2. Umsatzverteilung	40
3. Entwicklung des Lokal-TV im Besonderen	41
4. Verbund von Lokalsendern	42
II. Die Presse	43
1. Aktuelle Zahlen zum Verkaufs- und Anzeigengeschäft	43
2. Entwicklung des Verkaufs- und Anzeigengeschäfts seit 1954	44
3. Auswirkungen des Veränderungsprozesses auf überregionaler und regionaler Ebene	45
4. Entwicklungen auf regionaler Ebene im Besonderen	46
5. Strategien der Verleger zur Überwindung der Misere	48
6. Strategien der Verleger auf regionaler/lokaler Ebene	49
7. Prognosen für die zukünftige Entwicklung	50
III. Die Telekommunikationsunternehmen	51
1. Wettbewerb mit den Kabelanbietern	52
2. Stagnierende Geschäftsentwicklung	54
3. Steigende Datenmengen	55
4. Steigende Investitionskosten für neue Technik	56
5. Verursacher des steigenden Datenaufkommens	59
6. Auswirkungen einer ungenügenden Infrastruktur	60

7. Struktur der alternativen TK-Anbieter .....	61
8. Strategische Positionierung der TK-Unternehmen .....	63
a) Premiuminhalte .....	63
b) Erweiterung der Produktpalette .....	64
c) Lokaler Rundfunk .....	64
9. Zwischenergebnis .....	65
IV. Die Telemediendienste .....	65
1. Meinungsrelevanz verschiedener Online-Angebote .....	66
2. Zwischenergebnis .....	67
3. E-Journalismus auf lokaler Ebene .....	67
4. Hyperlokaler E-Journalismus .....	68
5. Ergebnis .....	69
V. Das Nutzerverhalten .....	69
1. Verbreitungsgrad des Internets .....	69
2. Alters- und geschlechtsspezifisches Internetverhalten .....	70
3. Dienstespezifisches Onlineverhalten der Alters- und Geschlechtergruppen .....	71
4. Internetnutzung im Vergleich zu Fernsehen, Presse und Radio .....	73
5. Der Konsum von Bewegtbildern über das Medium Internet .....	74
6. Zeitliches Nutzerverhalten von Internet und Fernsehen .....	76
7. Endgerätewahl des Nutzers .....	77
8. Weitere Entwicklungen .....	79
9. Spezielles Nutzerinteresse und Nutzungsverhalten für den regionalen/lokalen Raum .....	80
10. Ergebnis .....	82
B. Konvergenz und Konzentration .....	84
I. Übertragungswege .....	84
1. DVB-C .....	84
2. DVB-T .....	85
3. DVB-S .....	85
4. Internet .....	86
a) NGN .....	86
b) IP-TV .....	86
c) Web-TV .....	87
5. Mobilfunk .....	88
II. Endgeräte .....	89
1. Smart-TV .....	89
2. Entwicklung der Smart-TV-Nutzung .....	90
3. Nutzungsverhalten, Smart-TV und mobile Endgeräte .....	91
III. Erscheinungsformen und Ursachen von Medienkonzentrationen .....	92
1. Horizontale Konzentration .....	92

2. Vertikale Konzentration .....	93
3. Diagonale Konzentration .....	94
C. Regionales/lokales Fernsehen und angrenzende Fernsehangebote .....	95
I. Abgrenzungen zum Regional- und Lokalfernsehen .....	95
1. Fensterprogramm/Regionalfenster .....	95
2. Offener Kanal/Bürgerfunk .....	96
3. Nichtkommerzieller lokaler und regionaler Rundfunk .....	98
4. Business-TV/Eigenwerbekanäle .....	98
5. Regionaler/Lokaler Rundfunk .....	100
II. Ergebnis .....	101

*Zweiter Teil*

**Die Rundfunkfreiheit** 102

*1. Kapitel*

**Die europäische Rundfunkfreiheit** 102

A. Grundrechtecharta .....	102
I. Art. 11 GrCh und Art. 51 ff. GrCh .....	102
1. Medienfreiheit des Art. 11 GrCh .....	103
2. Verhältnis Art. 11 GrCh zu Art. 5 GG .....	105
II. Ergebnis .....	110
B. AEUV .....	110
C. EMRK .....	112
D. AVMD-Richtlinie .....	116

*2. Kapitel*

**Die nationale Rundfunkfreiheit** 119

A. Die Rundfunkfreiheit des Grundgesetzes .....	119
I. Die dienende Rundfunkfreiheit nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts .....	119
1. Die Rechtsfigur einer dienenden Freiheit .....	123
2. Analyse der Rundfunkentscheidungen unter besonderer Berücksichtigung der Gebote der Staats- und Gruppenferne .....	127
a) Deutschland-Fernseh-GmbH .....	128
b) Mehrwertsteuer-Urteil .....	129
c) FRAG-Entscheidung .....	129
d) Freie-Mitarbeiter-Entscheidung .....	130

e) Rundfunkrat-Beschluss .....	131
f) Niedersachsen-Urteil .....	131
g) Baden-Württemberg-Beschluss .....	134
h) Nordrhein-Westfalen-Urteil .....	137
i) Hessen-3-Beschluss .....	139
j) Rundfunkgebührenurteil I .....	140
k) Fernsehrichtlinienurteil .....	141
l) DSF-Beschluss .....	141
m) Kurzberichterstattungsurteil (extra radio) .....	141
n) Landesmediengesetz Bayern .....	142
o) Rundfunkgebührenurteil II .....	143
p) Parteienrundfunkurteil .....	143
3. Begriffliche Herleitung der Gebote der Staats- und Gruppenferne nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	146
4. Meinungsströmungen innerhalb der Literatur zu den Geboten der Staats- und Gruppenferne .....	148
a) Diversifikation des Gebots der Staatsferne .....	148
b) Überwiegend vertretene Ansicht .....	153
c) Ansicht, die Glaubwürdigkeit der Medien verlangt .....	154
d) Ansicht mit Schwerpunkt auf dem Demokratieprinzip .....	155
e) Stellungnahme .....	155
f) Das Gebot der Gruppenferne .....	156
5. Zwischenergebnis .....	157
II. Kritik an der Dogmatik einer dienenden Freiheit des Bundesverfassungsgerichts	158
III. Stellungnahme .....	161
1. Auslegung des Wortlauts .....	161
2. Historische Auslegung .....	162
3. Systematische Auslegung .....	163
4. Teleologische Auslegung .....	165
IV. Zwischenergebnis .....	166
B. Entscheidungsspielraum des Gesetzgebers bei Ausgestaltungs- und Eingriffsgesetzen	166
I. Strittige Abgrenzung zwischen einem Ausgestaltungs- und einem Eingriffsgesetz .....	167
1. Überwiegend vertretene Ansicht in Rechtsprechung und Literatur .....	167
2. Auflösung der dogmatischen Grenzziehung wegen faktischer Angleichung .....	170
3. Entbehrlichkeit einer Streitentscheidung .....	171
II. Ansichten zum Bewertungsmaßstab bei Ausgestaltungsgesetzen im Besonderen	172
1. Verdeckte Prüfung der Verhältnismäßigkeit i.e.S. ....	172
2. Prüfung der Geeignetheit und der Angemessenheit .....	173
3. Annäherung zwischen Ausgestaltungs- und Eingriffsgesetzen .....	173

4. Verwendung eines Unter- und Übermaßgebots zur Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes .....	173
5. Verhältnismäßigkeit im weiteren Sinne .....	174
6. Aushöhlung der Rundfunkfreiheit .....	175
III. Stellungnahme .....	175
1. Parteienurteil des Bundesverfassungsgerichts enthält keine klare Aussage ..	175
2. Freiheitscharakter der Rundfunkfreiheit .....	177
3. Auswirkung des subjektiv-/objektiv-rechtlichen Gehalts auf die Anwendbarkeit des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes .....	178
4. Herleitung und Auswertung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes .....	179
5. Ausschluss des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes wegen eines Beurteilungsspielraums des Gesetzgebers .....	180
6. Verlässlicher Beurteilungsrahmen des Gesetzgebers .....	181
7. Eigener Ansatz zur Auflösung der Spannungslage mittels temporär variierender Beurteilungsmaßstäbe .....	182
IV. Ergebnis .....	186
C. Die Rundfunkfreiheit im regionalen/lokalen Raum .....	186
I. Gefahren eines Doppelmonopols .....	186
II. Kritik an der bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung zum Doppelmonopol .....	187
III. Stellungnahme .....	188
IV. Ergebnis .....	192
D. Staatsferner Rundfunk und staatliches Informationshandeln .....	192
I. Abgrenzung zwischen staatlichem Informationshandeln und unzulässigem staatlichem Rundfunk .....	193
II. Parlamentsfernsehen als zulässiger staatlicher Rundfunk .....	194
1. Parlamentsfernsehen als zulässiges staatliches Informationshandeln .....	195
2. Parlamentsfernsehen als unzulässiger staatlicher Rundfunk .....	196
3. Stellungnahme .....	197
III. Ergebnis .....	202
E. Einfachgesetzlicher Rundfunkbegriff .....	202
I. Linearer Informations- und Kommunikationsdienst .....	203
II. Allgemeinheit .....	203
III. Meinungsrelevanz .....	205
1. Inhaltliche Abkehr des RStV vom verfassungsrechtlichen Rundfunkbegriff ..	205
2. Auslegungsmöglichkeiten .....	206
3. Ergebnis .....	207
IV. Zeitgleicher Empfang .....	207
V. Veranstalter und Verbreitung .....	207
VI. Bewegtbild oder Ton .....	208
VII. Sendeplan .....	208

VIII. Elektromagnetische Schwingungen .....	209
IX. Ergebnis .....	209
F. Abgrenzung des Rundfunks zu anderen Verbreitungsformen und -wegen .....	209
I. Abgrenzung zwischen Rundfunk und Presse .....	210
II. Abgrenzung zwischen Rundfunk und Telemedien .....	212
III. Abgrenzung zwischen Rundfunk und Telekommunikation .....	214
G. Adressaten der Rundfunkfreiheit .....	217
I. Verfassungsrechtliche und rundfunkstaatsvertragliche Herleitung und Abgrenzung des Veranstalters .....	217
II. Einfachgesetzlich bestimmte Adressaten gem. § 20a Abs. 3 RStV .....	218
1. Ausschluss von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, § 20a Abs. 3 Satz 1 und 2 RStV .....	218
2. Ausnahme des Ausschlusses von juristischen Personen des öffentlichen Rechts von der Veranstaltereigenschaft § 20a Abs. 3 Satz 1 RStV .....	220
a) Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten .....	220
b) Kirchen und Hochschulen .....	220
c) Parteien und Wählervereinigungen .....	221
d) Landesrechnungshöfe .....	221
3. Skizzierung der Veranstalterproblematik anhand eines Beispiels aus der Praxis .....	221
a) IP-TV-Rechte an der Fußballbundesliga für den Zeitraum 2006 bis 2009 .....	221
b) IP-TV-Rechte an der Fußball Bundesliga für den Zeitraum 2009 bis 2013 .....	223
c) IP-TV-Rechte an der Fußball Bundesliga für den Zeitraum 2013 bis 2017 .....	224
4. Verbundene Unternehmen, § 20a Abs. 3 Satz 2 RStV .....	226
a) Enge verfassungsrechtliche Auslegung .....	226
b) Weite verfassungsrechtliche Auslegung .....	227
c) Ablehnende Ansicht .....	228
d) Stellungnahme .....	228
III. Ergebnis .....	231
H. Landesrechtliche Regelungen .....	231
I. Baden-Württemberg .....	232
II. Bayern .....	235
III. Berlin und Brandenburg .....	239
IV. Bremen .....	242
V. Hamburg und Schleswig-Holstein .....	243
VI. Hessen .....	245
VII. Mecklenburg-Vorpommern .....	248
VIII. Niedersachsen .....	250
IX. Nordrhein-Westfalen .....	254
X. Rheinland-Pfalz .....	258
XI. Saarland .....	259

XII. Sachsen .....	260
XIII. Sachsen-Anhalt .....	262
XIV. Thüringen .....	264
XV. Zusammenfassung .....	267
1. Zulassung juristischer Personen des öffentlichen Rechts .....	267
2. Lokaler und regionaler Rundfunk in den Ländern .....	268
3. Beteiligung politischer Parteien .....	269
4. Bürgerrundfunk .....	269
5. Konzentrationskontrolle in den Ländern .....	269

### 3. Kapitel

#### Die Zulässigkeit unter Artikel 87 f GG 270

A. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Dienstleistungserbringung nach Art. 87 f GG .	270
I. Ablehnende Ansichten .....	271
II. Zustimmungende Ansichten .....	273
III. Streitentscheidung .....	274
1. Historische Auslegung .....	274
2. Wortlaut/Grammatikalische Auslegung .....	277
3. Systematische Auslegung .....	281
4. Teleologische Auslegung .....	288
IV. Ergebnis .....	290
B. Kommunalrechtliche Zulässigkeit der Dienstleistungserbringung .....	290
I. Zustimmungende Ansichten .....	290
II. Ablehnende Ansichten .....	291
III. Streitentscheidung .....	293
1. Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft .....	293
2. Öffentlicher Zweck .....	296
3. Subsidiaritätsklausel .....	300
4. Stellungnahme .....	302
IV. Ergebnis .....	307
C. Telekommunikation i.S.d. Art. 87 f GG .....	307
I. Technologieneutrales Verständnis des Begriffs der Telekommunikation i.S.d. Art. 87 f GG .....	307
II. Die Begrifflichkeiten der Telekommunikation und der Dienstleistungen i.S.d. Art. 87 f GG .....	309
1. Telekommunikation/Fernmeldewesen .....	309
2. Dienstleistungen der Telekommunikation oder Dienstleistungen durch Te- lekommunikation .....	310
a) Inhaltliche Interpretation des Telekommunikationsbegriffs .....	310

b) Technisch-funktionales Verständnis der Telekommunikation .....	310
3. Auswertende Stellungnahme .....	311
a) Berücksichtigung europäischer Vorgaben .....	311
b) Gesetzesbegründung zu Art. 87 f GG .....	311
c) Wortlaut des Art. 87 f GG .....	312
d) Historische und systematische Auslegung .....	312
e) Verfassungsrechtlicher Disput .....	314
f) Einfachgesetzliche Bestätigung .....	315
g) Weitere Unklarheiten bei der Kompetenz .....	315
III. Ergebnis .....	315

#### *4. Kapitel*

<b>Die Grundrechtsfähigkeit</b>	316
A. Die Grundrechtsfähigkeit von Telekommunikationsunternehmen .....	316
I. Grundrechtsgleicher Anspruch aus Art. 87 f Abs. 2 Satz 1 GG .....	316
1. Meinungsstand .....	316
2. Auswertung .....	317
3. Ergebnis .....	319
II. Grundrechtsanspruch aus Art. 87 f Abs. 2 Satz 1 GG .....	319
1. Meinungsstand .....	319
2. Auswertung .....	320
3. Ergebnis .....	320
III. Allgemeine Grundrechtsfähigkeit .....	320
1. Grundrechtsfähigkeit von gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen im All- gemeinen .....	321
a) Ansicht des Bundesverfassungsgerichts .....	321
b) Meinungsspektrum in der Literatur .....	323
c) Stellungnahme .....	326
aa) Historie .....	326
bb) Wortlaut .....	327
cc) Sinn und Zweck .....	330
dd) Systematische Betrachtung .....	335
d) Zwischenergebnis .....	335
aa) Funktionalistische Betrachtung außerhalb einer grundrechtstypi- schen Gefährdungssituation .....	336
bb) Grundrechtstypische Gefährdungssituation .....	340
cc) Anlehnung an das Spiegelbild der Rechtsfigur der Beleihung zur Ermittlung einer grundrechtstypischen Gefährdungssituation .....	342

e) Zwischenergebnis .....	345
aa) Mehrheits- und Beherrschungsverhältnis .....	345
bb) Europarechtliche Einflüsse .....	353
f) Ergebnis .....	354
2. Grundrechtsfähigkeit von gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen im Besonderen .....	354
a) Grundrechtsfähigkeit der Nachfolgeunternehmen der Deutschen Post ..	354
aa) Ansicht der Rechtsprechung .....	354
bb) Zustimmungende Stimmen in der Literatur .....	355
cc) Ablehnende Literaturansicht .....	358
b) Stellungnahme .....	360
aa) Wettbewerbsprinzip als Grundrechtsbegründung .....	360
bb) Gleichheitssatz des Art. 87 f Abs. 2 Satz 1 GG .....	368
cc) Mehrheits- und Beherrschungsverhältnisse .....	369
dd) Unternehmensautonomie und Beherrschung .....	371
ee) Ergebnis .....	377
c) Grundrechtsfähigkeit von TK-Unternehmen in kommunaler Hand .....	377
aa) Ablehnende Ansicht .....	377
bb) Zustimmungende Ansicht .....	378
d) Stellungnahme .....	379
aa) Grundrechtstypische Gefährdungslage .....	379
bb) Wettbewerbsbezug des Art. 87 f Abs. 2 Satz 1 GG .....	379
cc) Demokratieprinzip schließt Grundrechtsfähigkeit nicht aus .....	381
dd) Art. 87 f Abs. 2 Satz 1 GG als <i>lex specialis</i> zu Art. 1 Abs. 3 GG ...	382
ee) Keine Verhinderung der Grundrechtsfähigkeit durch Gemeinwohlbezug .....	382
ff) Erforderliche Auflösung der Spannungslage zwischen Gemeinwohlbezug und Wettbewerb .....	384
gg) Ergebnis .....	386
3. Grundrechtsfähigkeit von Eigengesellschaften im Allgemeinen .....	386
a) Ansicht des Bundesverfassungsgerichts und weiter Teile der Literatur ..	386
b) Abweichende Ansicht der Literatur .....	388
c) Stellungnahme .....	389
aa) Kein personales Substrat erforderlich .....	389
bb) Funktionale Aufgabenerfüllung entscheidend .....	390
cc) Selbstständigkeit im Wettbewerb .....	391
dd) Multikausale Betrachtung des Einzelfalls erforderlich .....	392
ee) Rechtsformwahl nicht entscheidend .....	392
ff) Gemischt-öffentliche Gesellschaft .....	394
d) Ergebnis .....	394

4. Grundrechtsfähigkeit von Eigengesellschaften im TK-Markt im Besonderen	394
a) Grundrechtsfähigkeit der Nachfolgeunternehmen der Deutschen Post	394
aa) Zustimmende Ansicht in der Literatur	394
bb) Ablehnende Ansicht in der Literatur	396
cc) Stellungnahme	396
dd) Ergebnis	397
b) Grundrechtsfähigkeit von TK-Unternehmen in kommunaler Hand	397
aa) Zustimmende Ansicht in der Literatur	397
bb) Ablehnende Ansicht in der Literatur	398
cc) Stellungnahme	398
dd) Ergebnis	399
B. Grundrechtsfähigkeit von juristischen Körperschaften	399
I. Grundrechtsfähigkeit von Gemeinden	399
1. Ablehnende Ansicht	399
2. Zustimmende Ansicht	400
3. Stellungnahme	401
a) Gemeinde als gesellschaftlicher Verband	401
b) Verfassungsrechtlicher Wesenskern des Art. 28 GG	402
c) Notwendigkeit eines grundrechtlichen Gehalts des Selbstverwaltungsrechts zu Gunsten des Bürgers	404
d) Selbstverwaltungsrecht als kollektives Grundrecht der Bürger	405
e) Grundrechtsschutz wegen demokratischer Legitimation der Gemeinde	406
f) Wirtschaftliche Tätigkeit im Rahmen des Selbstverwaltungsrechts	407
g) Grundrechtsfähigkeit wegen verselbstständigter Interessen	408
h) Grundrechtstypische Gefährdungslage neben dem Selbstverwaltungsrecht	408
i) Gemeinde oder Gemeindeobjekt als Grundrechtsträger	409
4. Ergebnis	410
II. Grundrechtsfähigkeit von Gemeindeverbänden	410
1. Abgrenzung des Gemeindeverbands zur Gemeinde	410
2. Rechtliche Gleichsetzung von Gemeinden und Gemeindeverbänden	411
3. Stellungnahme	412
4. Ergebnis	412
III. Grundrechtsfähigkeit von Zweckverbänden	412
1. Wesen des Zweckverbands	413
a) Einzelne Arten von Zweckverbänden	413
b) Meinungsstand zur Rechtsnatur des Zweckverbands	413
aa) Zweckverband sei keine Verbandsgemeinde	414
bb) Zweckverband als Verbandsgemeinde	414
cc) Zweckverbandseigenschaft in Abhängigkeit vom Einzelfall	415

dd) Stellungnahme und Ergebnis .....	415
c) Mitgliedschaftliche Zusammensetzung des Zweckverbands .....	415
d) Aufgaben des Zweckverbands .....	415
e) Organe des Zweckverbands .....	416
f) Verselbstständigung des Zweckverbands .....	417
2. Grundrechtsträgerschaft des Zweckverbands .....	417
a) Grundrechtsausschluss nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	417
b) Grundrechtsträgerschaft wegen fehlender Gemeindeverbandseigenschaft	418
c) Grundrechtsträgerschaft wegen fehlendem Selbstverwaltungsrechts . . . .	418
d) Grundrechtsausschluss wegen fehlender Grundrechtsfähigkeit ihrer Mitglieder .....	419
e) Grundrechtsbegründung wegen Mitgliedschaft an einem Zweckverband	420
f) Grundrechtsbegründung wegen des Rechts zur Beteiligung an einem Zweckverband .....	420
g) Grundrechtsbegründung wegen fehlenden Verfassungsschutzes .....	421
h) Grundrechtsträgerschaft wegen Übertragung einer öffentlichen Aufgabe	422
i) Grundrechtsbegründung wegen einer vergleichbaren Gefährdungslage .	423
j) Grundrechtsträgerschaft wegen heterogener Mitgliedschaft .....	424
k) Grundrechtsträgerschaft wegen demokratischer Legitimation der Zwangsverbandsmitglieder .....	425
l) Ergebnis .....	426
C. Partielle Grundrechtsfähigkeit von TK-Unternehmen, Gemeinden, Gemeindeverbänden und Zweckverbänden .....	426
I. Partielle Grundrechtsfähigkeit von TK-Unternehmen .....	427
1. Grundrechtsschutz für die Wirtschaftsgrundrechte .....	427
2. Meinungsstand zum Verhältnis der Grundrechtsfähigkeit zur Rundfunkfähigkeit .....	428
a) Grundrechtsfähigkeit führt zur Rundfunkfähigkeit .....	428
b) Grundrechtsfähigkeit und Rundfunkfreiheit sind inkongruent .....	429
c) Privatwirtschaftlichkeit begründet Rundfunkfähigkeit .....	429
d) Stellungnahme .....	430
e) Zwischenergebnis .....	432
3. Rundfunkfreiheit als Wirtschaftsgrundrecht oder als Kommunikations-/ Funktionsgrundrecht .....	432
a) Objektiver Schutzgehalt des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG .....	433
b) Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG als Gruppengrundrecht .....	434
c) Subjektiver Beachtungsanspruch aus Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG .....	435
d) Auflösung der Spannungslage zwischen dem Wettbewerbsrecht und dem Beachtungsanspruch aus der Rundfunkfreiheit .....	437

e) Einfluss von Art. 87 f GG auf Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG .....	438
aa) Begründbarkeit einer Rundfunkfähigkeit aus dem wettbewerbs- rechtlichen Gehalt des Art. 87 f GG .....	438
bb) Begründbarkeit eines Gruppengrundrechts für TK-Gesellschaften aus Art. 87 f GG .....	440
cc) Begründbarkeit einer Rundfunkfähigkeit aus dem Gleichheitssatz des Art. 87 f Abs. 2 Satz 1 GG .....	441
dd) Begründbarkeit einer Rundfunkfähigkeit aus dem Privatwirtschaft- lichkeitsgebot des Art. 87 f Abs. 2 Satz 1 GG .....	442
f) Zwischenergebnis .....	442
aa) Kompetenzrechtliche Absicherung der Ergebnisse .....	442
bb) Verfassungsrechtliche Absicherung nach dem Neutralitätsprinzip ..	444
g) Ergebnis .....	445
4. Auswirkungen der Pressegrosso-Entscheidung auf TK-Unternehmen .....	445
5. Auswirkungen des Marktversagens auf die Rundfunkfähigkeit .....	446
a) Sondertatbestand einer gesellschaftlich notwendigen Funktionserfüllung	446
b) Sondertatbestand einer rezipientenzentrierten Sichtweise .....	447
c) Stellungnahme und Ergebnis .....	447
6. Leistungsanspruch aus Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG .....	449
7. Ergebnis .....	449
II. Partielle Grundrechtsfähigkeit von Gemeinden und Gemeindeverbänden .....	450
1. Partielle Grundrechtsfähigkeit hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigung .	450
2. Rundfunkfähigkeit bzw. -unfähigkeit von Gemeinden und Gemeindever- bänden .....	450
a) Rundfunkfähigkeit wegen einer grundrechtstypischen Gefährdungslage .	451
b) Rundfunkfähigkeit als gesellschaftliches Verlautbarungsrecht des Bür- gers .....	451
c) Rundfunkfähigkeit als Ausfluss des Selbstverwaltungsrechts .....	452
d) Rundfunkfähigkeit einzelner Organe .....	453
e) Rundfunkfähigkeit wegen Rechtsaufsicht .....	455
f) Rundfunkunfähigkeit wegen Gefährdung des Werbemarktes .....	456
g) Rundfunkunfähigkeit wegen Eingriffs in den Schutzgehalt der Rund- funkfreiheit .....	458
3. Ergebnis .....	460
III. Partielle Grundrechtsfähigkeit von Zweckverbänden .....	460
1. Partielle Grundrechtsfähigkeit hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigung .	460
2. Rundfunkfähigkeit bzw. -unfähigkeit von Zweckverbänden .....	460
a) Rundfunkfähigkeit der Rechtsform .....	461
b) Rundfunkfähigkeit wegen distanzauslösender Organisationsstruktur ...	461
c) Rundfunkunfähigkeit wegen staatlicher Mitgliederstruktur .....	461
d) Rundfunkunfähigkeit wegen eingeschränkter Meinungsvielfalt .....	462

e) Rundfunkunfähigkeit wegen politischer Interessenverflechtungen . . . . .	463
f) Rundfunkfähigkeit wegen Beteiligung nicht-staatlicher Mitglieder an einem Zweckverband . . . . .	463
3. Ergebnis . . . . .	464
IV. Grundrechtsunfähigkeit und Rundfunkfähigkeit . . . . .	464

### 5. Kapitel

<b>Der Distanzschutz</b> . . . . .	465
A. Distanzschutz zwischen Anteilseigner und Gesellschaft . . . . .	465
I. Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip und Ingerenz . . . . .	465
1. Zustimmende Ansicht . . . . .	466
2. Einschränkende und ablehnende Ansicht . . . . .	467
3. Streitentscheidung . . . . .	469
a) Anwendbarkeit des Gesellschaftsrechts oder des Verwaltungsgesell- schaftsrechts . . . . .	471
b) Zwischenergebnis . . . . .	474
c) Anwendbarkeit des Konzernrechts . . . . .	475
aa) Öffentliche Hand ist dem Konzernrecht verpflichtet . . . . .	475
bb) Öffentliche Hand ist von der Konzernbildung ausgeschlossen . . . . .	475
cc) Stellungnahme . . . . .	476
d) Zwischenergebnis . . . . .	478
e) Einfluss des Art. 87 f GG auf das Demokratieprinzip . . . . .	478
aa) TK-Gesellschaften als Verwaltungseinheit . . . . .	478
bb) Auswirkungen der Leistungsstaatlichkeit des Art. 87 f GG auf das Demokratieprinzip . . . . .	479
cc) Auflösung der Spannungslage zwischen dem Demokratie- und Wirtschaftlichkeitsprinzip . . . . .	479
f) Zwischenergebnis . . . . .	482
g) Partielle Auflösung der Spannungslage zwischen dem Demokratie- und Wirtschaftlichkeitsprinzip . . . . .	482
aa) Reichweite eines Ausschlusses des Demokratieprinzips . . . . .	482
bb) Art. 87 f GG als <i>lex specialis</i> zum Demokratieprinzip . . . . .	483
h) Zwischenergebnis . . . . .	485
i) Herleitung und Anwendung eines eigenen Ansatzes zur Bewertung und zur Berücksichtigung des Demokratieprinzips . . . . .	486
aa) Erosion des Demokratieprinzips wegen hybrider Erscheinungsfor- men . . . . .	486
bb) Erosion des Demokratieprinzips wegen Grundrechtsfähigkeit der TK-Anbieter . . . . .	488

cc) Auflösung der atypischen Verfassungssituation mittels einer erforderlichen wertenden Betrachtung .....	488
dd) Herleitung eines Unter- und Übermaßgebots aus dem Demokratie- und Privatwirtschaftlichkeitsprinzip .....	490
ee) § 65 Abs. 1 Nr. 3 BHO als Auslegungshilfe .....	490
ff) Ausstrahlungswirkung des Art. 87f GG außerhalb seines Schutzbereiches .....	491
gg) Fixierung der Spannungslage zwischen dem Demokratieprinzip und dem Privatwirtschaftlichkeitsgebot in der Unternehmenssatzung ...	492
hh) Abgrenzung des Ingerenzgebots von der Besetzung der Unternehmensorgane .....	495
ii) Erneute Absicherung des Ergebnisses nach § 65 BHO .....	495
jj) Letztentscheidungsrecht beim Verlassen der verfassungsrechtlichen Legitimationsbasis .....	496
kk) Vertretung der Gebietskörperschaft im Aufsichtsrat .....	496
II. Ergebnis .....	497
B. Verfassungs- und gesellschaftsrechtliche Ausprägung des Distanzschutzes .....	497
I. Verfassungs- und gesellschaftsrechtliche Vorgaben für einen Distanzschutz zwischen öffentlicher Hand und Gesellschaft .....	498
II. Aktiengesellschaft .....	501
1. Wesen der Aktiengesellschaft .....	501
2. Distanz staatlicher Einflussnahme gem. Art. 87f Abs. 2 Satz 1 GG i.V.m. AktG .....	502
3. Organschaftliche Ausprägung .....	502
a) Vorstand .....	503
b) Aufsichtsrat .....	505
c) Hauptversammlung .....	510
d) Satzung .....	513
e) Aktionärsrechte .....	518
f) Politische Neutralität der Organe .....	519
4. Zwischenergebnis .....	521
III. Gesellschaft mit beschränkter Haftung .....	521
1. Grundstruktur der GmbH .....	521
2. Organschaftliche Ausprägung .....	522
a) Gesellschafterversammlung .....	523
b) Satzung .....	524
c) Geschäftsführung .....	525
d) Aufsichtsrat .....	526
3. Zwischenergebnis .....	528
4. Ergebnis .....	529

IV. Konzern .....	530
1. Gebietskörperschaft als Unternehmer i.S.d. §§ 15 ff. AktG .....	530
a) Enger oder weiter Konzernbegriff bei Gebietskörperschaften .....	530
b) Anwendbarkeit der Konzernvermutung auf Gebietskörperschaften .....	532
c) Widerlegbarkeit der Konzernvermutung bei Gebietskörperschaften .....	533
d) Mittel zur Widerlegung der Konzernvermutung bei Gebietskörperschaften .....	534
e) Zwischenergebnis .....	535
2. Konzernierung i.S.d. §§ 15 ff. AktG .....	535
a) Unterschied zwischen horizontalem und vertikalem Zusammenschluss .....	536
b) Reichweite der Leitungsverantwortung des Konzernvorstands .....	536
3. Faktischer Konzern .....	538
a) Anwendbarkeit der §§ 311 ff. AktG .....	538
b) Verhältnis der Nachteilsausgleichspflicht des § 311 AktG zu Art. 87 f Abs. 2 Satz 1 GG .....	540
c) Leitungsbefugnis des Konzernvorstands .....	541
d) Entwicklungsmöglichkeiten für eine Be- oder Entherrschung der Gesellschaften .....	542
4. Vertragskonzern gem. § 291 Abs. 1 Satz 1 AktG .....	543
a) Beherrschungsvertrag gem. § 291 Abs. 1 Satz 1, 1. Fall AktG .....	543
b) Gewinnabführungsvertrag gem. § 291 Abs. 1 Satz 1, 2. Fall AktG und § 292 AktG .....	544
c) Eingliederungskonzern gem. § 323 AktG .....	545
d) Ergebnis .....	545

### *Dritter Teil*

## **Entherrschung und Beherrschung** 546

### *1. Kapitel*

<b>Entherrschung</b>	546
A. Einseitige Verzichtserklärung .....	546
B. Entherrschungsvertrag .....	547
I. Unwirksamkeit des Entherrschungsvertrages .....	547
II. Wirksamkeit des Entherrschungsvertrages .....	548
III. Auflösung der Konfliktlage .....	549
IV. Ergebnis .....	551
C. Chinese Wall .....	551
I. Chinese Wall nach § 33 Abs. 1 Nr. 3 WpHG .....	552

II. Chinese Wall nach § 17 TKG analog .....	558
D. Entherrschung gem. § 7 TKG .....	559
E. Ergebnis .....	559

## 2. Kapitel

### Beherrschung

A. Der Beherrschungsbegriff der höchstrichterlichen Rechtsprechung .....	555
I. Jüngste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofs .....	555
II. Obiter Dictum der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts .....	557
III. Ergebnis .....	558
B. Beherrschungsbegrenzungen des Rundfunkverfassungsrechts .....	558
I. Verfassungsrechtliche Grenzen .....	558
II. Abstrakte Regelung versus konkreter Grenzen von 10%, 25% oder 50% .....	559
C. Beherrschungsbegrenzung gem. Art. 87f Abs. 2 Satz 1 GG .....	560
I. Verfassungsrechtlicher Hintergrund für eine Beherrschungsbegrenzung nach Art. 87f Abs. 2 Satz 1 GG .....	560
II. Reichweite und Beachtung des Einmischungs- und Beherrschungsverbotes .....	561
1. Beachtung des Einmischungsverbots .....	561
2. Verbot des Abschlusses eines Beherrschungsvertrages .....	561
3. Gemeinwohlbindung der Gesellschaften .....	562
4. Zwischenergebnis .....	562
5. Autonomieprinzip .....	562
a) Umfassend garantierte unternehmerische Entscheidungsautonomie .....	562
b) Einschränkung der Entscheidungsautonomie .....	563
c) Erwerbswirtschaftliche Einflussnahme mit weiterem Gehalt .....	563
d) Ungenügendes Einmischungsverbot zur Erfüllung der rundfunkrechtlichen Anforderungen .....	564
III. Ergebnis .....	564
D. Die Beherrschungsbegriffe des Aktien- und GmbH-Gesetzes .....	565
I. Beherrschungsbegriff des AktG .....	565
1. Gesetzliche Ermächtigungstatbestände .....	566
a) 25% Stimmrechtsanteil .....	566
b) Einfache Stimmrechtsmehrheit .....	567
c) Stimmrechtsanteil von 50% und mehr .....	568
d) Stimmrechtsanteil von 75% und mehr .....	568
e) Weitere beherrschungsbeeinflussende tatsächliche und rechtliche Umstände .....	568
2. Satzungsrechtlicher Ausnahmetatbestand .....	570

3. Vertragliche Tatbestände .....	570
4. Tatsächlicher Ausnahmetatbestand .....	571
5. Zwischenergebnis .....	571
II. Beherrschungsbegriff des GmbHG .....	572
1. Gesetzlicher Ausgangstatbestand .....	572
a) Numerische Beteiligungswerte der GmbH .....	572
b) Gesellschafterversammlung .....	573
c) Konzernrecht .....	573
2. Gesellschafts- und satzungsrechtliche Freiräume .....	574
3. Ergebnis .....	574
E. Die Beherrschungsbegriffe einzelner Gesetze .....	575
I. Beherrschungsbegriff für die OHG und die KG .....	575
1. Gesetzlicher Ausgangstatbestand .....	575
2. Gesellschaftsvertraglicher Tatbestand .....	575
II. Beherrschungsbegriff des HGB .....	575
III. Beherrschungsbegriff für die Personengesellschaft .....	576
1. Gesetzlicher Ausgangstatbestand .....	576
2. Gesellschaftsvertraglicher Tatbestand .....	576
IV. Beteiligungsschwellen des GWB .....	576
1. Gesetzlicher Ausgangstatbestand .....	576
a) Marktmacht gem. § 19 GWB .....	576
b) Anteilserwerb gem. § 37 Abs. 1 Nr. 3 GWB .....	577
c) Kontrollerwerb gem. § 37 Abs. 1 Nr. 2 GWB .....	577
d) Erheblicher wettbewerbsrechtlicher Einfluss gem. § 37 Abs. 1 Nr. 4 GWB .....	578
2. Zwischenergebnis für die Beteiligungsschwelle nach GWB .....	579
V. Beherrschungsbegriff des GWB für die öffentliche Hand .....	579
1. Finanzierung .....	580
2. Aufsichtsmacht .....	580
3. Organbesetzung .....	580
VI. Wertgrenze beim Zuschaueranteilsmodell des RStV .....	581
VII. Beteiligungsschwellen des WpHG und des WpÜG .....	581
VIII. Beherrschungsbegriff des Art. 2 Abs. 1 Buchstabe f Richtlinie 2004/109/EG ..	583
IX. Stellungnahme und Ergebnis .....	583
F. Beteiligungsschwellen bei Parteien .....	583
I. Ansichten innerhalb der Literatur .....	584
1. Beteiligungsgrenze zwischen 10 und 25 % .....	584
2. Wesentliche Unternehmensbeteiligung .....	585
3. Durchgerechnete Beteiligung entscheidend .....	585
4. Aufklärung durch Offenlegungspflichten .....	585

5. Zielgerichtete Einflussnahme entscheidend .....	506
6. Stellungnahme .....	506
II. Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die Beteiligungsmöglichkeiten von Gemeinden und Gemeindeverbänden .....	506
1. Annähernde Gleichsetzung von Staat und Partei .....	506
2. Grundgesetzliche Stellung der Parteien .....	506
a) Ansicht der Rechtsprechung .....	506
b) Ansicht der Literatur .....	506
c) Stellungnahme .....	506
d) Ergebnis .....	506
G. Offenlegung von Inhaberschaft und Beteiligung .....	506
I. Herleitung einer Offenlegungspflicht für Rundfunkveranstalter .....	506
II. Offenlegungspflichten bei Beteiligung politischer Parteien an Zeitungen und Rundfunksendern .....	507
1. Offenlegungspflichten für Zeitungs- und Zeitschriftenverlage .....	507
2. Offenlegungspflichten für Rundfunksender .....	507
a) Sinn und Zweck einer Offenlegungspflicht .....	507
b) Überwiegende Absage einer Offenlegungspflicht .....	507
c) Aufklärungsmaßstab .....	507
d) Besonderer Aufklärungsbedarf bei regionalen Monopolen .....	507
e) Offenlegung der Finanzquellen .....	507
f) Offenlegungspflichten nach dem Parteiengesetz .....	507
III. Arten der Offenlegung .....	507
1. Impressumshinweis, Videotext .....	507
a) Einfluss des Mediums auf den Maßstab der Offenlegungspflicht .....	507
b) Keine Übertragbarkeit der für Presseunternehmen geltenden Maßstäbe .....	507
c) Offenlegungspflicht in Anlehnung an §§ 5, 6 TMG .....	507
d) Offenlegungspflicht in Anlehnung an § 55 RStV .....	507
e) Offenlegungspflicht als Warnhinweis .....	507
2. Unumgehbarer Abruf mit Impressumsangaben .....	507
3. Unumgehbarer Abruf mit Warnhinweis .....	507
4. Temporäre Zulassung von gemeindlichem Rundfunk .....	507
IV. Stellungnahme und Ergebnis .....	508

#### Vierter Teil

<b>Zusammenfassung und Ergebnisse</b> .....	600
A. Lage der Presse, des Rundfunks, der TK-Unternehmen und der Telemedienangebote .....	600
B. Zusammenfassung und Ergebnisse zum Nutzungsverhalten .....	601
C. Zusammenfassung und Ergebnisse zu europarechtlichen Aspekten .....	601

D. Zusammenfassung und Ergebnisse zur Rundfunkfreiheit .....	602
E. Zusammenfassung und Ergebnisse zu Art. 87 f GG .....	604
F. Zusammenfassung und Ergebnisse zur Grundrechtsfähigkeit .....	606
G. Zusammenfassung und Ergebnisse zu gesellschaftsrechtlichen Fragestellungen .....	608

### Quellenverzeichnis 611

A. Literatur .....	611
B. Internetquellen .....	637
C. Entscheidungen .....	638
I. Europa .....	638
1. Europäischer Gerichtshof .....	638
2. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte .....	639
II. Deutschland .....	639
1. Bundesverfassungsgericht .....	639
2. Bundesgerichtshof .....	643
3. Bundesverwaltungsgericht .....	643
4. Reichsgerichtshof .....	644

Sachverzeichnis .....	645
-----------------------	-----